

Um den Ausgleich der Interessen zwischen Nation und Weltgemeinschaft

Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation für die
32. Generalversammlung

KURT WALDHEIM

I. Aufgaben und Probleme

In den meisten Bereichen des internationalen Geschehens war das Jahr 1976 ein Jahr der erwartungsvollen Zurückhaltung. Dies spiegelte sich auch in den Verhandlungen der einunddreißigsten Tagung der Generalversammlung wider, wo uns die vorherrschende realistische Haltung und der offensichtliche allgemeine Wunsch nach vernünftigen und friedlichen Problemlösungen das bevorstehende Jahr mit einem gewissen Grad von vorsichtigem Optimismus sehen ließen. Es herrschte das allgemeine Gefühl, das Jahr 1977 könne und solle ein Jahr der Fortschritte in so entscheidenden Bereichen wie im Nahen Osten, in Südafrika und in Zypern werden, ebenso wie im Dialog zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern über die Grundzüge einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und in den langwierigen Verhandlungen über das Seerecht.

Wie sich dann herausstellte, ist dieser vorsichtige Optimismus der Jahreswende weder voll bestätigt noch völlig enttäuscht worden. Die Hauptprobleme haben sich als genau so schwierig und widerspenstig erwiesen wie wir sie schon immer kennengelernt hatten, und es wurde deutlicher als je, welche Gefahr jede Verzögerung mit sich bringt und wie groß das Risiko einer plötzlichen Verschlimmerung der Lage ist, durch die vielleicht friedliche Lösungen unmöglich gemacht werden.

Gleichzeitig sind in letzter Zeit im internationalen Bereich noch zusätzliche größere Probleme sichtbar geworden, von denen einige durchaus die derzeitig von den Vereinten Nationen behandelten Problembereiche berühren oder am Ende sogar auf der Tagesordnung der Hauptorgane der Vereinten Nationen auftauchen könnten. Vielleicht ist es angebracht, in diesem Zusammenhang die zunehmenden Spannungen in Nord- und Ostafrika zu nennen. Unter der Last der alten und neuen Probleme ist das Jahr 1977 für die internationale Gemeinschaft unzweifelhaft ein Jahr zunehmender Sorge geworden. Die Bemühungen um eine Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses im Nahen Osten müssen erst noch Früchte tragen. In Südrhodesien und in Namibia warten wir immer noch voll Sorge auf einen entscheidenden Durchbruch. In Zypern sind die Gespräche weit davon entfernt, zu einer vereinbarten Regelung zu führen. Was die neue internationale Wirtschaftsordnung betrifft, werden wir bald erfahren, ob und wie die Generalversammlung den Prozeß wiederaufgreifen und zu nennenswerten Fortschritten zu kommen vermag.

Inzwischen scheinen die Ost-West-Beziehungen eine Phase der Neubewertung durchzumachen, die unvermeidlich ihre Auswirkungen auf zahlreiche wichtige Weltprobleme hat. Diese Neubewertung betrifft unter anderem das Wesen des militärischen Gleichgewichts, sowohl auf europäischer wie auch auf interkontinentaler Ebene, einschließlich der Entwicklung neuer strategischer Waffensysteme und der Verteilung der konventionellen Kräfte. Sie betrifft auch die Politik der Großmächte gegenüber gegenwärtigen Spannungsgebieten, insbesondere im Nahen Osten und in Afrika, sowie ihre Einstellung zu Fragen der menschlichen Kontakte und der Einhaltung der Menschenrechte. Dies hat zu öffentlichen Kontroversen geführt, mit der Tendenz, die Struktur der internationalen Beziehungen weit über die bloßen Interessen der unmittelbar beteiligten Parteien hinaus zu beeinflussen, so daß die internationale Gemeinschaft als Ganzes betroffen ist.

Auf der anderen Seite kann die gegenwärtige Neubewertung, wenn sie mit Klugheit und staatsmännischer Weisheit erfolgt, vielleicht eine willkommene Gelegenheit zur Klärung der Grundregeln friedlicher Koexistenz und Entspannung im Rahmen fortgesetzter weitreichender ideologischer und politischer Unterschiede bieten. Ich stelle fest, daß Bemühungen im Gange sind, die betreffenden Probleme in einer Vielzahl von bilateralen und multilateralen Foren anzugehen. Ich hoffe sehr, daß diese und andere Kontakte zu erfreulichen Ergebnissen führen.

Ich werde in diesem Bericht später noch genauer auf die meisten dieser Fragen eingehen. Es gibt jedoch ein Hauptthema, das grundlegend für alle diese Fragen und sogar für praktisch alle Tätigkeitsbereiche der Vereinten Nationen ist. Die Geschichte der Vereinten Nationen war seit deren Gründung im wesentlichen die Geschichte der Bemühung um einen tragfähigen Ausgleich zwischen nationaler Souveränität und nationalen Interessen auf der einen und der internationalen Ordnung sowie den langfristigen Interessen der Weltgemeinschaft auf der anderen Seite. Vielleicht kann man das historische Wirken der Vereinten Nationen am besten dadurch beurteilen, daß man die ihnen gestellten Probleme an diesem Kriterium prüft und feststellt, wie weit die Organisation in der Lage war, diesen lebenswichtigen Ausgleich zu sichern oder sichern zu helfen.

Nach mehr als fünfjähriger Tätigkeit als Generalsekretär bin ich mehr denn je überzeugt davon, daß wir ganz bewußt diesem grundlegenden Problem viel größere Aufmerksamkeit schenken müssen. Ich weiß sehr gut, daß nicht daran zu denken ist, daß es durch eine Art Wunder plötzlich zu einer neuen und besseren Weltordnung kommt. Ich glaube jedoch, daß wir bei all dem, was wir tun, versuchen müssen, den evolutionären Prozeß zu fördern und zu beschleunigen, mit dem die Beziehungen zwischen den Staaten in allen wichtigen Fragen reguliert und mit den langfristigen Interessen der am Horizont auftauchenden ganzen Weltgemeinschaft in Einklang gebracht werden. Das gilt ebenso für die Abrüstung wie für die Wirtschaftsordnung, ebenso für die Umwelt wie für die Friedenssicherung.

Die Liste der globalen Probleme ist furchterregend lang: das rapide eskalierende Wettrüsten, die zunehmende Gefahr der Weiterverbreitung nuklearer Waffen, die Verknappung oder Fehlverteilung von Nahrungsmitteln, der Bevölkerungsdruck, die Bedrohung der Umwelt, die Fortdauer massiver Armut, der Wettstreit um die Herrschaft über die Meeresressourcen, das komplexe Energieproblem, das Schwinden der Vorräte an nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen und das ganze Spektrum wirtschaftlicher Krankheiten von der Inflation, der Arbeitslosigkeit und der Verschuldung bis zu den Problemen der unstabilen Grundstoff- und Geldmärkte.

Es ist oft gesagt worden, unsere politischen Institutionen hätten mit unserer geopolitischen Entwicklung und unseren technologischen Fortschritten nicht Schritt gehalten. Auf manchen Gebieten mag dies sehr wohl der Fall sein; auf anderen Gebieten sind jedoch die grundlegenden Institutionen durchaus da und warten nur darauf, genutzt zu werden. Das Problem liegt in diesen Fällen beim politischen Willen der Staaten, die bestehenden Institutionen für die konstruktiven Zwecke zu benutzen, für die sie geschaffen wurden. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, eine noch so klug und weise konstruierte internationale Institution werde automatisch die Funktion erfüllen, die divergierenden nationalen Interessen souveräner Staaten miteinander in Einklang zu bringen. Die parlamentarische Diplomatie kann Konflikte nicht nur mildern oder lösen, sondern gelegentlich auch durchaus verschärfen. Wenn der internationale Verhandlungs- und Entscheidungsprozeß konstruktive Ergebnisse zeitigen soll, macht er den bewußten Einsatz politischen Willens, in Verbindung mit Selbstbeschränkung und politischer Klugheit, erforderlich. Der Preis für ein Versagen in dieser Beziehung kann sehr hoch sein, denn es kann dabei um einen ungreifbaren, aber entscheidenden Faktor gehen: um das Vertrauen der Regierungen in internationale Institutionen — einen Faktor, den man in der Hitze der politischen Debatte allzu oft aus dem Auge verloren hat. Es ist leicht, Mängel, die das unmittelbare Ergebnis der miteinander in Konflikt stehenden Politiken oder Aktionen der Regierungen sind, den internationalen Institutionen vorzuwerfen. Bestimmte Sonderorganisationen haben in jüngster Zeit dieses Problem in akuter Form erleben müssen.

In den Vereinten Nationen selbst hat die Tendenz der Beschlüsse einiger der wichtigeren Beratungsorgane die unbeabsichtigte Nebenwirkung gehabt, daß man sich in bestimmten Konfliktsituationen nicht gerne an die Vereinten Nationen wendet. Es ist für eine gesunde Weiterentwicklung des Systems der Vereinten Nationen unbedingt erforderlich, daß dieses Problem in konstruktiver Weise bewältigt wird.

Die nationale Souveränität und das Nationalgefühl sind ein lebenswichtiges Element unserer Gesellschaft. Wo sie sich von ihrer besten Seite zeigen, repräsentieren sie den höchsten Grad politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalts, der bisher von Menschen erreicht wurde. Die Charta der Vereinten Nationen erkennt diese Grundtatsache mit Recht an, wenn sie die souveräne Unabhängigkeit aller Mitglieder der Organisation betont. Die Vereinten Nationen sind jedoch auch die Verkörperung eines höheren und ehrgeizigeren politischen und gesellschaftlichen Ziels: der langsamen Herausbildung einer internationalen Gemeinschaft mit sehr viel weiter reichenden Interessen, Bestrebungen und Loyalitäten. Ich glaube, wir erleben langsam die Geburt einer solchen Gemeinschaft — und eben dies ist eine der wichtigsten und fesselndsten Erfahrungen, die man bei der Arbeit in den Vereinten Nationen machen kann. Wir sollten es jedoch nicht für selbstverständlich halten, daß eine solche internationale Gemeinschaft automatisch von selber heranwächst. Die zarte Pflanze muß geschützt, herangezogen und ermutigt werden, wenn sie die Nöte und Schwierigkeiten ihrer Bildungsjahre überleben soll. Ich glaube, hier liegt die Hauptaufgabe für alle von uns, die in den Vereinten Nationen zu wirken versuchen.

II. Der Sicherheitsrat

Wie steht es nun — ganz offen gesprochen — um die tatsächliche Rolle der Vereinten Nationen in der Weltpolitik? Sind sie wirklich ein zentraler Faktor in der Außenpolitik der meisten Regierungen? Sind ihre hartumkämpften Resolutionen, Beschlüsse und Leitlinien von großem Einfluß auf das Verhalten der Nationen? Worin sehen die Regierungen eigentlich den Nutzen ihrer Mitgliedschaft in der Weltorganisation? Alle diese Fragen sollte man ruhig ganz offen stellen.

Mitglied der Vereinten Nationen zu sein, bedeutet in erster Linie Anerkennung eines Gleichgewichts zwischen den souveränen Rechten und Interessen der Mitgliedstaaten und ihren Verpflichtungen aufgrund der Charta. Darüber hinaus betrachten, glaube ich, die meisten Staaten ihre Mitwirkung in den Vereinten Nationen mit einer Mischung von kurzfristigem Eigeninteresse und redlicher Sorge um das Gemeinwohl sowie in der Hoffnung, im Hinblick auf die interdependente Zukunft zu besseren Beziehungen untereinander und zu einer besseren Politik zu kommen. Das ist im Grunde eine praktische Haltung, die weder von Idealismus noch von Zynismus beherrscht wird. Sie bietet einen Ausgangspunkt für die Bemühung um den lebenswichtigen Ausgleich von nationalen und internationalen Interessen, den ich oben das eigentliche und wichtigste Thema unserer Arbeit nannte.

Die Vereinten Nationen sind zumindest ein Ort für die öffentliche Verkündung internationaler Prinzipien und Ziele und eine sehr nützliche letzte Zuflucht in Zeiten der Gefahr und Krise. Mir scheint jedoch, daß sie für die meisten Staaten bereits weitaus mehr geworden sind. Sie treten zwar in der Hitze oder im Eifer des Geschehens manchmal in den Hintergrund zurück. Aber sie sind stets zur Stelle als eine ständige Einrichtung mit fast universaler Mitgliedschaft, auf die die Staaten bei den verschiedenartigsten Problemen zurückgreifen können. Sie sind ein Sicherheitsnetz in kritischen Zeiten, wenn bilaterale diplomatische Bemühungen ihr Ziel verfehlen. Sie sind schließlich das Zentrum langfristiger Bemühungen, die bedrückenden Probleme einer sich wandelnden Welt und die sich abzeichnenden Aufgaben einer zunehmend interdependenten Zukunft zu meistern.

Ich bin überzeugt, daß die Nationen der Welt, wenn ihnen Zeit und Gelegenheit dazu gegeben werden, eine gerechtere und vernünftigere Weltordnung entwickeln können und entwickeln werden, in der sich aus den Lehren der Vergangenheit in Verbindung mit den neuen Möglichkeiten der Gegenwart eine Weltgemeinschaft und Weltgesellschaft herausbilden wird, an der die gesamte Menschheit teilhaben kann. Die Frage ist nur, ob sie die Zeit und die Gelegenheit dazu haben werden.

Damit komme ich zur Hauptaufgabe der Vereinten Nationen, der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, und zur Rolle und zum Status des Sicherheitsrats. Denn wenn wir abermals — ganz gleich aus welchen Gründen — ungeschickt genug sein sollten, einen neuen Weltbrand zu entfachen, dann wären all unsere Hoffnungen und Träume vergebens.

Die Tatsache, daß der Sicherheitsrat im vergangenen Jahr mehr Sitzungen abgehalten hat als je zuvor, weist vielleicht darauf hin, daß es weder in einer weltweiten Krise noch bei der Eindämmung und Lösung hartnäckiger internationaler Probleme eine greifbare Alternative zu den zugegebenermaßen unvollkommenen Verfahren der Vereinten Nationen gibt. Andererseits wäre es jedoch naiv zu behaupten, der Einfluß des Sicherheitsrats entspräche der Zahl seiner Sitzungen. Es herrscht vielmehr allgemein die Sorge — oder zumindest sollte sie herrschen —, ob der Rat unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen die ihm von der Charta aufgetragene Aufgabe der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit überhaupt erfüllen kann.

Seine Fähigkeit zur Wahrnehmung dieser zentralen Aufgabe sollte man auf keinen Fall aus den Augen verlieren. Der Rat ist der Eckpfeiler oder sollte der Eckpfeiler des in der Charta vorgesehenen internationalen Ordnungsgefüges sein. Wie der Rat genutzt oder nicht genutzt wird und wie seine Beschlüsse respektiert werden, ist von höchster Bedeutung für die Frage, ob die Vereinten Nationen ein wesentliches Werkzeug des Friedens und als solches erfolgreich und glaubwürdig sein können.

Der Sicherheitsrat selbst arbeitet intensiv und gewissenhaft und gibt sich große Mühe; seine Mitglieder setzen sich voll ein und vereinen Kenntnisse und Erfahrungen mit diplomatischem Geschick. Mit den Jahren hat der Rat ständig aus seinen Erfahrungen gelernt und seine Arbeitsmethoden verbessert. Daran besteht kein Zweifel. In der Vergangenheit hat der Rat immer wieder gezeigt, daß er bei einer echten Krise ein einzigartiges und wertvolles Instrument ist, um Krieg abzuwenden und die Waage zugunsten des Friedens ausschlagen zu lassen. Zu anderen Zeiten fällt die Stimme des Rats jedoch nicht so sehr ins Gewicht. Bei einigen tragischen Anlässen wurde er sogar überhaupt nicht oder erst nachträglich als zusätzliche Stimme gehört.

Ich weiß, daß es praktische politische Gründe für diese Mängel gibt und daß sich die Staaten das Recht vorbehalten, den Sicherheitsrat nach Wunsch in Anspruch zu nehmen oder zu ignorieren. Ich möchte hier nur erneut darauf hinweisen, daß eine solche

Haltung sehr riskant ist, denn es kann der Tag kommen, an dem man den Rat verzweifelt braucht, dieser sich aber dann als zu schwach herausstellt, um seine Aufgaben wahrnehmen zu können. Wir sollten die verhängnisvollen Erfahrungen des Völkerbundes nicht vergessen. Daher bin ich der Auffassung, daß die Stärkung der Stellung und Autorität des Sicherheitsrats sowie die Achtung seiner Beschlüsse stets ein Hauptanliegen aller Staaten sein sollten.

III. Südliches Afrika, Nahost, Zypern

Das Jahr 1977 begann mit großen Erwartungen. Große Erwartungen können jedoch gefährlich sein, wenn sie schließlich enttäuscht werden. Wenn zunächst vielversprechend erscheinende Situationen gerinnen und erstarren, kann dies zu gewaltsamen Reaktionen führen, die ihrerseits wieder rasch und unerwartet den Weltfrieden und die internationale Stabilität zu gefährden vermögen. In verschiedenen Teilen der Welt, wo es zu keinen wesentlichen Schritten vorwärts kam, werden wir in nicht allzu ferner Zukunft einem solchen Risiko gegenüberstehen.

Unter den politischen Fragen, vor denen die internationale Gemeinschaft steht, haben die ungelösten Probleme des südlichen Afrika in diesem Jahr ebenso viel oder noch mehr Aufmerksamkeit in Anspruch genommen als jedes andere Problem. Zu Südrhodesien, Namibia und dem Apartheidproblem in Südafrika wurde vieles unternommen und einiges erreicht. Die Weltöffentlichkeit wurde in einem größeren Ausmaß als je zuvor über diese Fragen informiert und aktiviert.

Schon dies allein ist eine konstruktive Entwicklung, doch erweisen sich die letzten Stadien der Entkolonialisierung in Afrika als die allerschwierigsten und sind mit großen und zunehmenden Gefahren verbunden.

Die in Maputo abgehaltene Internationale Konferenz zur Unterstützung der Völker von Simbabwe und Namibia zeugte in beredter Weise von der Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, die von den Vereinten Nationen für diese Territorien gesetzten Ziele zu erreichen. Dieses Engagement zeigt auch, glaube ich, daß man sich allgemein darüber klar geworden ist, daß die in diesen Gebieten bestehenden Ungleichheiten und die Gefahren, die sie für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit mit sich bringen, ein für allemal, und zwar sehr bald, beseitigt werden müssen.

Die Vereinten Nationen haben immer wieder, jedoch erfolglos, versucht, das Namibiaproblem zu lösen. Diese Frage bedarf einer äußerst weitgehenden Einigung über grundlegende Fragen, wenn sich eine akzeptable und durchführbare Lösung ergeben soll. Vor kurzem hat eine Reihe von westlichen Staaten eine Initiative ergriffen, um zu versuchen, in dieser Sache einen Schritt vorwärts zu kommen. Ich begrüße alle Bemühungen, die uns zu Fortschritten verhelfen können. Angesichts der führenden Rolle, die den Vereinten Nationen bei jedweder Lösung des Problems zukommen wird, bin ich unter Berücksichtigung der wesentlichen Grundsätze und Richtlinien der Resolution des Sicherheitsrats 385(1976) in engem Kontakt mit allen Beteiligten geblieben.

Die Vereinten Nationen haben immer darauf bestanden, daß eine verfassungsmäßige Regierung in Simbabwe von der Herrschaft der Mehrheit ausgehen muß. Die Verwaltungsmacht hat ihre Bemühungen darum erneuert, und zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts werden mit den beteiligten Seiten aktiv neue Lösungsvorschläge diskutiert. Gleichzeitig haben führende afrikanische Persönlichkeiten, insbesondere aus den Frontstaaten, sowie auch andere Vermittler die Suche nach einer annehmbaren Lösung fortgesetzt. Inzwischen haben schwerwiegende Angriffshandlungen durch rhodesische Streitkräfte gegen Mosambik und feindselige Maßnahmen gegen Botswana und Sambia die ganze Frage nur noch schärfer hervortreten lassen und den Ernst der Lage sowie die Tatsache unterstrichen, daß wir unsere Bemühungen um eine baldige Lösung intensivieren müssen.

In Südafrika geht die Apartheidpolitik weiter — und das gleiche gilt auch für die tragischen Gewaltakte und die Verluste an Menschenleben, die unweigerlich mit ihr verbunden sind. Für dieses »Verbrechen gegen das Gewissen und die Würde der Menschheit«, wie es die Generalversammlung und der Sicherheitsrat genannt haben, kann es keine Lösung geben, solange Südafrika an einer Politik festhält, durch die die Mehrheit der Bevölkerung vom politischen Leben des Landes ausgeschlossen wird und die die Inhaftierung oder Verbannung vieler ihrer geachteten und anerkannten Führer nach sich ziehen. Solche Politiken können nur zu immer mehr inneren Kämpfen und internationaler Entrüstung führen und die Chancen für einen friedlichen innerstaatlichen Ausgleich verringern. Es ist zwar ermutigend, daß die internationale Öffentlichkeit weiterhin erfolgreich gegen die Apartheid mobilisiert wird, wie dies zuletzt durch die im August in Lagos abgehaltene Weltkonferenz für Aktionen gegen die Apartheid geschah, doch ist die Gefahr weiterhin groß und die Zeit äußerst knapp.

Auch manche Konflikte oder potentielle Konflikte in anderen Teilen des afrikanischen Kontinents sind ein Anlaß zu ernster

Besorgnis. Zwar bleiben diese zur Zeit größtenteils innerhalb des Aktivitätsbereichs der Organisation der Afrikanischen Einheit, doch die Möglichkeit von über diesen Umkreis hinausgehenden Verwicklungen ist ein ständiges potentielles Risiko für den Weltfrieden. In einigen Fällen wurden die Vereinten Nationen von der Lage in Kenntnis gesetzt oder erhielten sie Mitteilungen der betroffenen Parteien. In der Mehrzahl der Fälle brachten die betroffenen Staaten jedoch ihre Schwierigkeiten nicht formell vor die Vereinten Nationen.

Die Bemühungen der afrikanischen Staaten, ihre Probleme selbst zu lösen, finden weiterhin Zustimmung bei der internationalen Gemeinschaft und alle Anzeichen für verstärkte Spannungen oder ein Eingreifen von außen führen natürlich zu allgemeiner Besorgnis. Auf jeden Fall ist, wie dies schon in Artikel 52 der Charta geschehen ist, darauf hinzuweisen, daß die Verantwortung der Vereinten Nationen für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nicht in Konkurrenz zu den Bemühungen der regionalen Organisationen steht, sondern als Ergänzung zu diesen gedacht ist.

Auch im Nahen Osten begann das Jahr mit dem weitverbreiteten Gefühl, daß echte Fortschritte in Richtung auf eine friedliche Lösung unmittelbar bevorstünden. Noch nie war in den vergangenen Jahren so ausdrücklich von allen Seiten der Wunsch nach Frieden geäußert worden. Es herrschte eine Atmosphäre der Mäßigung und Vernunft, die die Bemühungen der Vereinten Nationen, der Kopräsidenten der Genfer Friedenskonferenz über den Nahen Osten und allen anderen zu begünstigen schien, die sich darum bemühen, den Parteien auf dem Weg zu einer gerechten und friedlichen Lösung zu helfen. Es herrschte allgemein das Gefühl, daß die Genfer Friedenskonferenz wahrscheinlich in der zweiten Hälfte dieses Jahres wiederaufgenommen werden könne.

Anfang Februar besuchte ich das betreffende Gebiet, um mit allen Beteiligten zu sprechen. Mein unmittelbares Ziel bestand darin, Mittel und Wege für eine Wiedereinberufung der Genfer Konferenz zu erörtern, doch erstreckten sich unsere Gespräche verständlicherweise auf den ganzen Fragenkomplex des Nahostproblems. Ich kam damals zu dem Schluß, daß zwar alle Beteiligten ernsthaft Fortschritte in Richtung auf eine Verhandlungslösung erstrebten, daß das fehlende Vertrauen sowie das gegenseitige Mißtrauen und die gegenseitigen Befürchtungen aller Parteien aber beachtliche Hindernisse für einen Fortschritt darstellten. Alle Beteiligten schienen sich dessen bewußt zu sein, daß es eine Chance zur Wiederaufnahme sinnvoller Verhandlungen gebe und daß sich die Lage fast unweigerlich verschlechtern würde und unvorhersehbare Folgen sowohl für den Nahen Osten als auch für die internationale Gemeinschaft als Ganzes entstünden, wenn man diese Chance nicht wahrnehme.

In dem diesbezüglichen Bericht, den ich dem Sicherheitsrat im Februar 1977 vorlegte, stellte ich fest, daß die Hindernisse für die Wiedereinberufung der Genfer Friedenskonferenz nicht nur mit prozeduralen Mitteln überwunden werden könnten. Änderungen in der Haltung aller Seiten seien notwendig. Dazu gehören die gegenseitige Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Forderungen der verschiedenen Parteien in geeigneter Form und mit ausreichenden Garantien ebenso wie Bemühungen auf allen Seiten, die Form einer endgültigen Friedensregelung genauer zu definieren.

Seitdem wurden die Kontakte auf verschiedenen Ebenen fortgesetzt, um einen Weg zur Wiedereinberufung der Genfer Konferenz unter Bedingungen zu finden, unter denen diese konstruktiv und effektiv arbeiten kann, und auch bei der Klärung der Grundvoraussetzungen für die Möglichkeit einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wurden einige Fortschritte erzielt. In der internationalen Gemeinschaft besteht bereits Konsens darüber, daß ein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten in seinen wesentlichen Elementen von den Resolutionen des Sicherheitsrats 242(1967) und 338(1973) ausgehen muß und daß kein Abkommen von Dauer sein kann, das dem palästinensischen Volk nicht in der einen oder anderen Form eine Heimat (homeland) gibt.

Trotzdem ist es noch nicht zu definitiven Fortschritten in Richtung auf eine Wiedereinberufung der Genfer Friedenskonferenz gekommen. Das unmittelbare Problem ist hier weiterhin die Frage der Vertretung der Interessen und Rechte des palästinensischen Volkes und der Teilnahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Ich hoffe weiterhin, daß diese Schwierigkeit schließlich überwunden werden kann. Nicht nur im Nahen Osten ist es vorgekommen, daß sich die eine oder andere Seite geweigert hat, die andere Streitpartei bzw. die anderen Streitparteien anzuerkennen. Ähnliche Probleme haben sich auch schon früher gestellt, und in einer Reihe von Fällen konnten durch geeignete Vorkehrungen Lösungen gefunden werden, die die Einwände der Parteien berücksichtigten und doch zugleich ihre grundlegenden Interessen wahrten.

Inzwischen haben sich die Spannungen in diesem Gebiet verschärft. Vor kurzem traf die Regierung Israels hinsichtlich des besetzten Westufers des Jordans und im Gazastreifen gewisse Maßnahmen, gegen die die arabischen Staaten und die Palästinensische

Befreiungsorganisation heftig protestierten, da sie ihrer Meinung nach willkürliche Akte zur Konsolidierung der israelischen Besetzung und zur Anbahnung einer Annexion darstellten. Auch kam es zu einer Reihe von Bombenanschlägen in Israel und in den besetzten Gebieten, für die verschiedene palästinensische Organisationen die Verantwortung übernommen haben. Diese jüngsten Entwicklungen bereiten mir große Sorge. Im gegenwärtigen kritischen Stadium der Bemühung um einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten ist es ungeheuer wichtig, daß alle betroffenen Staaten und Parteien alles unterlassen, was die Spannung erhöhen oder den gegenwärtigen Bemühungen um eine Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses schädlich sein könnte.

Fast vier Jahre sind vergangen, seit der Sicherheitsrat die Resolution 338(1973) verabschiedet hat, in der er die betroffenen Parteien aufforderte, sofort nach der Feuereinstellung mit der Wirklichkeit der Ratsresolution 242(1967) in allen ihren Teilen zu beginnen. Der Rat beschloß auch, daß »unverzüglich und gleichzeitig mit der Feuereinstellung unter geeigneter Schirmherrschaft Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien mit dem Ziel beginnen sollten, einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herzustellen«. Seit Oktober 1973 wurden verschiedene Methoden zur Förderung eines gerechten und dauerhaften Friedens in diesem Gebiet erprobt. Trotzdem konnten bei der Behandlung der grundlegenden Fragen keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden. Vielleicht ist daher jetzt ein günstiger Augenblick für den Versuch gekommen, nochmals allgemein von neuem zu überlegen, wie der Verhandlungsprozeß am besten reaktiviert und in Gang gehalten werden kann. Natürlich muß jeder solche neue Ansatz das lebenswichtige Interesse der internationalen Gemeinschaft an der Erzielung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten berücksichtigen.

Worin auch immer die Schwierigkeiten bestehen, so steht doch außer Diskussion, daß die festgefahrene Situation, in der wir uns im Nahen Osten noch immer befinden, wachsende Gefahren für die internationale Gemeinschaft sowie für die betroffenen Parteien mit sich bringt. Mehr als je zuvor ist es dringend nötig und von entscheidender Bedeutung, daß die Parteien den Geist der Mäßigung und des Realismus bewahren und diesen in den mühsamen und langwierigen Verhandlungsprozeß einbringen. Ich befürchte sehr, daß wir uns in nicht allzu ferner Zukunft einer größeren internationalen Krise gegenübersehen, falls dies nicht geschieht.

Trotz der Feuereinstellung, die die Kämpfe im Libanon im letzten November beendete, bestehen weiterhin Spannungen, insbesondere im Süden des Landes. Obwohl diese sehr heikle und potentiell explosive Situation im weiteren Rahmen des Nahostproblems beachtliche internationale Auswirkungen hat, wird sie dennoch weiterhin zum größten Teil auf regionaler Basis behandelt und beschränkt sich die Beteiligung der Vereinten Nationen bisher weitgehend auf humanitäre Hilfe.

Die militärischen Beobachter der Vereinten Nationen führen ihre begrenzten Aufgaben auch weiterhin unter großen Schwierigkeiten und beachtlichen Gefahren durch. Sowohl im Interesse des Libanon als auch des Friedens in dieser Region ist es von entscheidender Bedeutung, daß sich der Aussöhnungsprozeß zwischen den verschiedenen Parteien in diesem Gebiet rasch und erfolgreich weiterentwickelt. Dieser Prozeß kann nicht zum Ziel kommen, solange die Kämpfe im Süden andauern. Ich appelliere daher an alle Beteiligten, bei den derzeitigen Bemühungen um eine Feuereinstellung mitzuwirken.

Ebenso wie im Nahen Osten helfen auch in Zypern Friedenssicherungstruppen der Vereinten Nationen bei der Aufrechterhaltung der Ruhe, hier wie dort sind die Fortschritte in Richtung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden jedoch enttäuschend gering. Zu Beginn des Jahres, als die Führer der beiden Volksgruppen zum ersten Mal seit 1963 übereinkamen, sich persönlich zu treffen, wurden Hoffnungen auf die Regelung der Grundfragen geweckt. Der verstorbene Erzbischof Makarios und Herr Denktasch trafen zweimal unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zusammen, und vereinbarten während der zweiten Begegnung, auf der ich den Vorsitz führte, die Wiederaufnahme der interkommunalen Gespräche sowie allgemeine Richtlinien für ihre Unterhändler, die eine aus den beiden Volksgruppen bestehende Bundesrepublik Zypern vorsahen. Während der nachfolgenden Gespräche in Wien wurden von der griechisch-zyprischen Seite Vorschläge zum territorialen Aspekt und von der türkisch-zyprischen Seite Vorschläge zum Verfassungsaspekt des Problems vorgelegt. Die Kluft zwischen den beiden Positionen blieb jedoch in Wien weiterhin groß, und wir müssen die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß es beide Seiten bisher noch nicht für möglich hielten, von der Feststellung ihrer gegensätzlichen Positionen zum Stadium sinnvoller Verhandlungen überzugehen. In einer entscheidenden Frage — dem territorialen Aspekt — müssen beide Seiten erst noch ihre konkreten Vorschläge formulieren. Nach dem Ableben von Präsident Makarios im vergangenen Monat sind zusätzliche Schwierigkeiten entstanden, darunter auch Erklärungen

einer der beiden Seiten, die die Möglichkeit der Fortführung des Verhandlungsprozesses in Frage stellen, solange die Regierung von Zypern weiterhin allgemein anerkannt wird.

Ich bin tief besorgt über die Tendenz zur Verhärtung der Positionen und über die Fälle, in denen bei den Gesprächen auf höchster Ebene freiwillig eingegangene Verpflichtungen und Zusagen offensichtlich nicht voll eingehalten wurden, eine Tendenz, die, wenn sie nicht rückgängig gemacht wird, das gesamte Konzept einer Verhandlungslösung gefährden kann. Ich selbst und mein Sonderbeauftragter in Zypern haben in einem erneuten Versuch, durch die interkommunalen Gespräche unter meiner Schirmherrschaft eine Grundlage für die Wiederbelebung der Bemühungen um eine frei ausgehandelte, gerechte und dauerhafte Lösung des Zypernproblems zu schaffen, mit allen Beteiligten Konsultationen geführt. Wenn diese Bemühungen Erfolg haben sollen, ist es unbedingt erforderlich, daß sich die Parteien jeder weiteren Maßnahme enthalten, die die Lage verschlechtern könnte, darunter auch Veränderungen des Status quo in den umstrittenen Gebieten und in dem Gebiet entlang den Linien der Waffenruhe. Trotz der sehr realen politischen Schwierigkeiten, vor denen alle Beteiligten in dieser Hinsicht stehen, hoffe ich aufrichtig, daß die notwendigen Konzessionen und Kompromisse gemacht werden können, um Fortschritte in Richtung auf eine zufriedenstellende Lösung des Zypernproblems erzielen zu können.

Die Lage im südlichen Afrika, im Nahen Osten und in Zypern ist schon für sich genommen ernst genug, hat aber auch ganz besondere Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit. In allen drei Bereichen erscheint das multilaterale Vorgehen der Vereinten Nationen, ergänzt durch bilaterale Bemühungen und die Initiativen verschiedener Gruppen von Mitgliedsstaaten, als die beste Methode, auf dem Weg zu einer Lösung weiter voranzukommen. Die Vereinten Nationen erfüllen inzwischen die unerläßliche tägliche Aufgabe, entlang den potentiellen Konfliktlinien im Nahen Osten und in Zypern die Ruhe aufrechtzuerhalten. Diese wichtige Tätigkeit wird in der Öffentlichkeit wenig beachtet und mehr oder weniger für selbstverständlich gehalten, solange alles gut geht. Sie stellt auch eine sehr beträchtliche Bürde für die Organisation und für die beteiligten Staaten dar. Man sollte nicht vergessen, welche entscheidenden Dienste unsere Organisation und ihre Mitglieder jeden Tag bei der Wahrung des Weltfriedens leisten.

In allen drei von mir erwähnten Situationen steht sehr viel auf dem Spiel und wird die Gefahr eines Scheiterns immer drohender. Ich hoffe mit aller Kraft, daß die großen Bemühungen, die im Rahmen der Vereinten Nationen und anderenorts zur Lösung der zugrundeliegenden Probleme unternommen werden, noch vor Ende dieses Jahres die ersten Früchte ansetzen. Andernfalls fürchte ich, daß die internationale Gemeinschaft 1978 einem schweren und bewegten Jahr entgegensehen wird.

IV. Abrüstung

Ich habe wiederholt erklärt, daß die Vereinten Nationen ohne größere Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung nicht erwarten können, auf der Grundlage der Charta erfolgreich zu wirken. Ohne solche Fortschritte kann es keine Weltordnung geben, die auf kollektiver Verantwortung und internationalem Vertrauen beruht. Die Frage der Abrüstung liegt an der Wurzel des Problems der internationalen Ordnung, denn in einer vom internationalen Wettrüsten beherrschten Atmosphäre sind es leicht die militärischen und strategischen Erwägungen, die das Grundverhältnis zwischen den Staaten bestimmen, alle anderen Beziehungen und Verhältnisse beeinträchtigen und sich störend auf die Wirtschaft auswirken. Wir haben uns an das Leben unter diesen höchst unnatürlichen Verhältnissen gewöhnt, wo der Schatten der Kernwaffen und eines riesigen, noch wachsenden Arsenal an konventionellen Waffen praktisch als das normale Tageslicht hingenommen wird. Angesichts dieser zutiefst ungesunden Situation gibt es keine Garantie dafür, daß die nationale Unabhängigkeit und Souveränität, die Gleichberechtigung, die Nichtanwendung bzw. die Nichtandrohung von Gewalt und das Recht jedes Volkes, über sein Schicksal selbst zu bestimmen, tatsächlich als die seit langem vereinbarten Prinzipien geachtet werden, auf denen die internationale Ordnung aufgebaut werden sollte. Trotzdem ist es nur zu deutlich, daß die Welt immer noch vergebens nach dem Schlüssel zur Lösung dieser über Leben und Tod entscheidenden Frage sucht.

Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es einige bescheidene Fortschritte, aber diese dienten eher der Rüstungsbeschränkung als der Abrüstung und eher der Regulierung des Wettbewerbs und der Ächtung bestimmter besonders unerwünschter Entwicklungen als einer ins Gewicht fallenden Verringerung bedeutender Waffensysteme. Es wird jetzt zunehmend deutlich, daß ein solches Vorgehen in keiner Weise ausreicht, um die Flut eines von ständigen Neuerungen getragenen Wettrüstens aufzuhalten, bei dem stets die Gefahr droht, daß der technische Erfindergeist das Verhandlungstempo überbietet. Wir können einfach nicht davon ausgehen, es müsse und werde immer so bleiben, daß neue

militärische Entwicklungen sich in Form eines stabilen Gleichgewichts gegenseitiger oder mehrfacher Abschreckung ständig die Waage halten und kontrollierbar bleiben. Wenn wir weiterhin nur versuchen, das Wettrüsten zu regulieren oder auf bloßen Zeitgewinn zu arbeiten, wenn wir weiterhin die Symptome statt der Ursachen behandeln, dann laufen wir mehr und mehr Gefahr, so lange auf Zeitgewinn zu arbeiten, bis es zu spät ist und wir keine Zeit mehr haben.

Nirgends ist das Problem, einen tragbaren Ausgleich zwischen den Ängsten und Befürchtungen der einzelnen Staaten und den langfristigen Interessen der Weltgemeinschaft zu finden, so akut wie in der Frage der Abrüstung. Jeder weiß, wie es heute damit steht. Die Bestände an Kernwaffen reichen schon seit vielen Jahren aus, die Welt mehrfach zu zerstören; trotzdem hat sich die Zahl der Kernsprengköpfe in den vergangenen acht Jahren verfünffacht. Ständig werden neue Variationen dieser Waffen hervorgebracht und ständig wird ihre Wirksamkeit erhöht. Die Grenze zwischen dem Einsatz von Kernwaffen und von konventionellen Waffen wird immer unschärfer, und die Gefahr der weiteren Verbreitung von Kernwaffen nimmt von Jahr zu Jahr im selben Maß zu, wie ihre Technologie immer bekannter wird. Die sogenannten konventionellen Waffen werden ebenfalls immer raffinierter und tödlicher. Wenn die internationale Gemeinschaft in diesem Bereich vorankommen soll, muß unbedingt das Problem der Kernwaffen einschließlich der Frage ihrer Nichtverbreitung ständig kritisch untersucht und bewertet werden. Eines der verfügbaren Instrumente, mit dem wenigstens einige der hier heraufbeschworenen Gefahren eingegrenzt werden können, ist die Internationale Atomenergie-Organisation.

All dies geschieht in einer Welt, die sich eine neue internationale Wirtschaftsordnung zum Ziel gesetzt hat und die unbedingt all ihre Energie und all ihre Ressourcen aufbieten muß, um eine Reihe dringender Probleme der Menschheit zu lösen. Seit einigen Jahren werden in der Welt jährlich etwa 300 Milliarden Dollar für Militärausgaben aufgewendet. Demgegenüber hat die Weltgesundheitsorganisation im Verlauf von zehn Jahren etwa 83 Millionen Dollar ausgegeben, um die Pocken in der Welt zu beseitigen — einen Betrag, der nicht einmal ausreichen würde, auch nur einen einzigen modernen Überschallbomber zu kaufen. Das Vorhaben dieser Organisation, mit einem Aufwand von etwa 450 Millionen Dollar — der Hälfte dessen, was täglich für militärische Zwecke ausgegeben wird — die Malaria zu beseitigen, kommt aus Mangel an Mitteln nur schleppend voran. In einer Welt, in der die wissenschaftliche und technologische Kapazität einer der Schlüssel zur Zukunft ist, sind 25 Prozent aller Wissenschaftler der Welt und 40 Prozent aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben für militärische Zwecke gebunden.

Dies sind nur einige wenige Beispiele für die Last, die der wirtschaftlichen Entwicklung aller Staaten durch unser Unvermögen aufgebürdet wird, spürbare Fortschritte bei der Abrüstung zu erzielen. Die Abrüstung muß daher nicht nur bei unseren Bemühungen um die Schaffung eines besseren Systems für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, sondern auch bei unserem Bemühen um die Neugestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung der Welt eine wesentliche Rolle spielen.

Schon seit einigen Jahren ist im internationalen Gespräch auf den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung hingewiesen worden, was zum weitverbreiteten Wunsch geführt hat, praktische und konkrete Wege zur Verringerung der Militärhaushalte und zur Übertragung menschlicher und materieller Ressourcen in Entwicklungsbereiche zu finden, wo sie dringend benötigt werden. Es liegt auf der Hand, daß dieses Problem weiterhin umfassend untersucht werden muß, wenn wir greifbare Fortschritte erzielen wollen.

Vor zehn Jahren wurde von den Vereinten Nationen eine Untersuchung über die schrecklichsten Waffen, die Kernwaffen, angefertigt. Seither waren wir Zeugen einer fortgesetzten, um nicht zu sagen beschleunigten Entwicklung auf diesem Gebiet, durch die neue Konzeptionen und Anwendungsmöglichkeiten in das Blickfeld der Öffentlichkeit traten. Es scheint höchste Zeit, daß die internationale Gemeinschaft angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre erneut eine umfassende kritische Untersuchung des Kernwaffenproblems vornimmt.

Niemand bestreitet die besondere Rolle und die Verantwortung der großen Militärmächte für Frieden und Sicherheit. Fortschritte in Richtung auf eine nukleare Abrüstung müssen offensichtlich in erster Linie von den wichtigsten Atomländern selbst ausgehen. Die Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT) sind von entscheidender Bedeutung, und ich möchte an dieser Stelle die Hoffnung äußern, daß sowohl bei der Reduzierung der gewaltigen Anzahl derzeit bestehender Kernwaffen als auch bei der Kontrolle des gefährlichen und destabilisierenden Einflusses der Entwicklung neuer Waffensysteme bald definitive und substantielle Fortschritte erzielt werden. Der Erfolg dieser Gespräche ist zweifellos auch entscheidend für die Schaffung einer Atmosphäre internationalen Vertrauens, denn nur in einem solchen Klima können weitere Abrüstungsbemühungen gedeihen.

Ich denke in diesem Zusammenhang auch an die Gespräche zur Verringerung der Rüstung und der Streitkräfte in Europa sowie an die Bemühungen um die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in einzelnen Gebieten.

Die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft als Ganzes interessieren sich für diese Fragen nicht nur als passive Zuschauer. In einer Zeit, in der sich eine neue Form der Weltgesellschaft herausbildet, die sich in den Vereinten Nationen symbolisiert, müssen sich die mittleren und kleineren Mächte, Entwicklungsländer und nichtgebundenen Länder — wie immer wir sie auch kategorisieren wollen — in ihrer Mehrzahl, und zwar aktiv, an der Lösung eines Problems beteiligen, das für sie alle lebenswichtig ist. Sie können und sollten eine wichtige Rolle bei einer umfassenden, auf eine echte Abrüstung im Rahmen einer Weltordnung abzielenden Abrüstungskonzeption spielen, die die praktischen Möglichkeiten realistisch einschätzt, aber auch sieht, daß die Gefahren nur größer werden, wenn die Verhandlungen auf diesem Gebiet nicht vorankommen.

Aus all diesen Gründen hat die Generalversammlung beschlossen, eine Sondertagung über Abrüstung einzuberufen. Wenn diese Initiative jedoch Erfolg haben soll, werden eine sorgfältige Vorbereitung und die Einbeziehung einer informierten Weltöffentlichkeit gewiß wichtige Voraussetzungen für jeden Schritt vorwärts sein.

Die vor uns liegende Aufgabe ist ungeheuer schwierig und komplex, aber die Erwartungen der Menschheit sind groß. Ich hoffe, daß es den Vereinten Nationen in den kommenden Jahren gelingen wird, ihre gemeinsame Entschlossenheit unter Beweis zu stellen, diese Erwartungen zu erfüllen.

V. Menschenrechte

In Artikel 1 der Charta wird als eines der grundlegenden Ziele der Vereinten Nationen ausdrücklich die Förderung und Festigung der Achtung vor den Menschenrechten für alle genannt. Im vergangenen Jahr wurden der Frage der Menschenrechte im allgemeinen und der entsprechenden Tätigkeit der Vereinten Nationen im besonderen wachsende internationale Aufmerksamkeit und Anteilnahme entgegengebracht. Es handelt sich hier um eine Frage von grundlegender Bedeutung sowohl für den Charakter der zukünftigen Weltgemeinschaft als auch für die Bedingungen, unter denen die Menschen heute leben. Die Frage ist ferner sehr heikel und komplex, da sie unterschiedliche Traditionen, Verhaltensmaßstäbe, Praktiken und Prioritäten in verschiedenen Ländern und verschiedenen Teilen der Welt widerspiegelt.

Auf dem Gebiet der Menschenrechte stehen wir vielleicht mehr als in irgendeinem anderen internationalen Tätigkeitsbereich vor der Diskrepanz zwischen idealistischen Erklärungen und rauher Wirklichkeit. Der Grundgedanke besteht darin, daß die Achtung vor der Menschenwürde des einzelnen auf allgemein anerkannten Werten beruht und daß daher Verletzungen der Menschenrechte — wo immer sie vorkommen mögen — ein legitimer Gegenstand des internationalen Interesses sind. Da diese Auffassung die Souveränität der Mitgliedstaaten sowie das Verhältnis zwischen den Menschenrechten und der Pflicht des einzelnen gegenüber seiner Gemeinschaft berührt, stellt sie uns vor das außerordentlich schwierige Problem, Prinzipien in die Tat umzusetzen und einen wirksamen Ausgleich zwischen nationalen und internationalen Anliegen herzustellen.

Das grundlegende Ziel der Maßnahmen der Vereinten Nationen in diesem Bereich besteht nicht darin, Anklage zu erheben oder erbitterte Diskussionen auszulösen, sondern in der internationalen Gemeinschaft ein gemeinsames Bewußtsein zu schaffen und die Achtung vor der Würde des einzelnen und den Grundfreiheiten zu fördern. Das wichtigste Dokument zu dieser Frage ist die von der Generalversammlung im Jahr 1948 verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Sie stellt weiterhin die Arbeitsgrundlage für diesen Bereich dar, und die in ihr enthaltenen Grundsätze haben durch den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und den Internationalen Pakt über staatsbürgerliche und politische Rechte mit seinem Fakultativprotokoll eine größere Verbindlichkeit erhalten.

Nachdem diese Übereinkünfte von einer ausreichenden Anzahl von Staaten ratifiziert worden waren und 1976 in Kraft traten, wurde durch sie die Einsetzung des Menschenrechtsausschusses möglich, der im März dieses Jahres seine erste Sitzung abhielt. Die Bedeutung dieses Ausschusses liegt darin, daß wir damit zum ersten Mal über ein internationales Instrument zur Überprüfung der Fortschritte und Probleme der Staaten verfügen, die durch den Pakt im Bereich der staatsbürgerlichen und politischen Rechte rechtlich gebunden sind. Der Ausschuß bietet auch zum ersten Mal die Möglichkeit, Mitteilungen von Einzelpersonen mit Klagen über Menschenrechtsverletzungen durch Vertragsstaaten des Protokolls zu behandeln. Diese Entwicklungen sind notwendige und bedeutsame Schritte auf dem Weg der langjährigen und hartnäckigen Bemühungen der Vereinten Nationen, hochgesteckte Menschenrechtsziele und -grundsätze in völkerrechtlich verbind-

liche Instrumente umzusetzen. Ich hoffe, daß dieses System des Schutzes der Menschenrechte auf der Grundlage völkerrechtlich verbindlicher Instrumente eines Tages eine möglichst universale Geltung haben wird.

Mit der zunehmenden internationalen Beachtung der Menschenrechte wuchs auch die Enttäuschung über das Unvermögen, in einzelnen Teilen der Welt die Menschenrechte zu schützen und zu fördern. In diesem Zusammenhang muß man daran erinnern, daß die bestehenden Einrichtungen, wie z. B. die Menschenrechtskommission, zwischenstaatliche Gremien sind, die natürlich den Standpunkt der Mitgliedstaaten widerspiegeln. Trotz bestehender internationaler Übereinkünfte und Verpflichtungen zur Unterstützung der Menschenrechte werden vor solche Gremien gebrachte Fragen von den betreffenden Staaten oft als Angelegenheit der rein innerstaatlichen Jurisdiktion betrachtet. So stehen wir weiterhin vor dem Konflikt zwischen dem jeweils im Einzelfall verteidigten Grundsatz der nationalen Souveränität und der allgemeinen Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten. Ich habe meinerseits bei einer Reihe von Einzelfällen im Bereich der Menschenrechte auch weiterhin meine guten Dienste ausgeübt. Dabei habe ich gewöhnlich festgestellt, daß meine Bemühungen dann am erfolgreichsten waren, wenn sie vertraulich unternommen wurden, obwohl ich nicht gezögert habe, meine Stimme zu erheben, wenn ich meinte, daß dies nötig war und im allgemeinen Interesse lag. In den meisten Fällen darf man freilich wenig oder nichts in der Öffentlichkeit sagen, wenn man den Erfolg nicht gefährden will.

Ich glaube, daß angesichts der derzeitigen internationalen Lage mein Vorgehen in konkreten und dringenden Fällen von einer einzigen Frage bestimmt werden muß, vor der alle anderen Überlegungen zurückzustehen haben: wie dem Wohl der betreffenden Personen am besten gedient werden kann.

Die derzeitigen Bemühungen auf den Gebieten der Folter, der Rechte der Frau, der Kinder und der Wanderarbeiter sowie der rassischen Diskriminierung bieten die Möglichkeit für konstruktive Maßnahmen. Ich hoffe auch sehr, daß sich die internationale Gemeinschaft in konstruktiver Weise mit der vernichtenden Bedrohung der grundlegenden Menschenrechte durch den Terrorismus befassen wird. Damit die Vereinten Nationen im Bereich der Menschenrechte erfolgreich wirken können, brauchen wir den aktiven Einsatz, die Mitarbeit und den politischen Willen der internationalen Gemeinschaft. Nur so werden wir langsam dem Ziel näher kommen, daß die Vereinten Nationen immer besser in der Lage sein werden, eine universalere praktische Anwendung gemeinsamer Normen für die Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen herbeizuführen und zu gewährleisten.

VI. Wirtschaft

Die Weltwirtschaftslage verdient in diesem Jahr mehr denn je die Aufmerksamkeit der Generalversammlung. Dies nicht nur, weil in 18 Monaten intensiver Verhandlungen über Grundsatzfragen, über die schon vor langer Zeit zumindest konzeptionell eine Einigung erzielt wurde, nur sehr begrenzte Fortschritte zu verzeichnen waren, sondern weil, wenn man die Dinge in einem sehr umfassenden Rahmen sieht, sich im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gewisse neue Tendenzen erkennen lassen, die für die Verwirklichung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung keineswegs förderlich sein können. Die Versammlung sollte alle Veränderungen, die sich im wirtschaftlichen Gesamtrahmen vollziehen, sorgfältig analysieren und ihre Autorität einsetzen, um diese Tendenzen als solche anzusprechen und ihnen, soweit dies möglich ist, Einhalt zu gebieten und sie umzukehren.

Wenn die heutige Wirtschaftslage durch etwas gekennzeichnet ist, dann durch eine Unsicherheit, wie es sie in dieser Allgemeinheit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch nicht gegeben hat. Zweifellos erleben wir hier etwas, was sich nicht leicht in das traditionelle Muster der Konjunkturzyklen einordnen läßt, und können auch deutliche Abweichungen von früheren wirtschaftlichen Verhaltensweisen feststellen. Das macht sich am stärksten bei der Investitionstätigkeit in den Industrieländern bemerkbar, von der die langfristigen Aussichten der Weltwirtschaft ja sehr stark abhängen. Durch das Ausbleiben dieses dringend benötigten Impulses bewegt sich die Arbeitslosigkeit weiterhin auf einem sehr viel höheren Niveau als in den Erholungsphasen früherer Rezessionen der Nachkriegszeit. Die Inflation geht, wenn auch etwas gedämpft, weiter. Das führt wiederum dazu, daß sich die Regierungen auf die unmittelbaren Probleme der kurzfristigen Nachfrage konzentrieren müssen, was zu Lasten der mittel- und langfristigen Veränderungen geht, die in der Struktur der Weltwirtschaft erforderlich sind.

Ein weitverbreiteter Vertrauensschwund kann zu Maßnahmen führen, die noch vor kurzem als äußerst schädlich für das Gerüst der internationalen Beziehungen angesehen worden wären. Die ständige Ausweitung des internationalen Handels, die im letzten Vierteljahrhundert ein so mächtiger Motor des Fortschritts war, hat zwar nicht aufgehört. Es gibt jedoch immer mehr Anzeichen

dafür, daß man der Versuchung des Protektionismus, die nie völlig einschlämmt, vielleicht nicht mehr mit der wünschenswerten Entschiedenheit widersteht.

Es gehört zum Wesen des internationalen Handels, daß sich seine Richtungen und seine Zusammensetzung ständig ändern und sich die industriellen Strukturen in einer Weise an diese Veränderungen anpassen sollten, die trotz zeitweiliger Reibungen allen Beteiligten Vorteile bringt. Handelsregeln sind ein sehr empfindliches und anfälliges Gebilde. Sie wurden so gestaltet, daß sie Spielraum für eine Reihe von tragbaren Abweichungen lassen. Ein großer Teil der Weltrtransaktionen wird heute allerdings außerhalb des Rahmens dieser Regeln vorgenommen und bis zu einem gewissen Grad kann man bilaterale Vereinbarungen durchaus als Mittel zur Ausweitung des Handels ansehen, z. B. zwischen Ländern mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen oder zur leichteren Anpassung an unerwartete Ereignisse. Es besteht jedoch die Gefahr, daß sich solche Tendenzen auf den Welthandel nicht nur günstig auswirken. Es darf nicht übersehen werden, daß der Protektionismus, gleichgültig in welcher Form er auftritt, unweigerlich zu einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus führt und daß man die Last, die man einzelnen oder mehreren Ländern durch solche Mittel abnimmt, fast mit Sicherheit auf andere Länder abwälzt. Wenn Handelsregeln aufgrund neuer Verhältnisse geändert werden müssen, sollte dies über den Prozeß allgemeiner Verhandlungen geschehen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die Aussichten auf Fortschritte in Richtung auf die neue internationale Wirtschaftsordnung ernsthaft gefährdet sind, wenn wir nicht den voraussichtlichen Ergebnissen der Haltungen und Tendenzen entgegengetreten, die sich z. Zt. in der Weltwirtschaft abzeichnen.

VII. Grenzen der Expansion — Ernährung und Energie

Es gibt noch einen anderen Aspekt der internationalen Wirtschaftspolitik, von dem ich hoffe, daß ihn die Generalversammlung in seiner vollen Bedeutung ins Auge fassen wird. In den letzten Jahren sind uns bestimmte Begrenzungsfaktoren, die wahrscheinlich die weitere Expansion der Weltwirtschaft beeinträchtigen, immer stärker bewußt geworden. Wir können nicht die Möglichkeit ausschließen, daß es zu — zwar vielleicht nur örtlich und zeitlich begrenzten — Mangelercheinungen kommt, die ernste Folgen für einen schon stark belasteten Entwicklungsprozeß haben könnten. Für ziemlich viele Länder würden solche Mangelercheinungen unter anderem eine Verschärfung ihrer Zahlungsbilanzprobleme und eine Verzögerung ihres Wachstumsprozesses bedeuten. Zur Vermeidung solcher Risiken ist ein gewisses Ausmaß an globaler Verantwortung erforderlich, zu deren Übernahme das System der Vereinten Nationen bereit sein sollte. Das würde einen bescheidenen Anfang in der Kunst der globalen Steuerung bedeuten. Es ginge dabei natürlich nicht um die Errichtung supranationaler Behörden oder ehrgeiziger und komplizierter internationaler Planungsmechanismen, sondern eher um die Erweiterung der Überwachungs- und Prognosefunktionen, um eine Verbesserung der Konsultationsverfahren und erforderlichenfalls um die Förderung der technologischen Forschung und Entwicklung.

Auf dem Gebiet der Ernährung und der Energie scheinen solche Maßnahmen am dringendsten erforderlich zu sein.

Im Ernährungsbereich haben die Vereinten Nationen einen guten Anfang gemacht. Die Errichtung des Internationalen Agrarentwicklungsfonds und der anderen von der 1974 in Rom abgehaltenen Welternährungskonferenz vorgesehenen Mechanismen sind bemerkenswerte Leistungen der internationalen Gemeinschaft in den letzten zwei Jahren. Die Wasserkonferenz der Vereinten Nationen hat uns jedoch vor kurzem auf eines der Haupthindernisse für die Entwicklung angemessener Ernährungspolitiken hingewiesen. Ein Nachlassen in den Bemühungen um die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung für eine wachsende Bevölkerung und um die Verbesserung des Ernährungsniveaus darf es nicht geben. Die eingeleiteten Maßnahmen müssen fortgesetzt und erweitert werden. Bei solchen Bemühungen gibt es keinen Ersatz für ein langfristiges Engagement.

Im Energiebereich muß die internationale Zusammenarbeit — im Rahmen der Bemühungen um eine neue internationale Wirtschaftsordnung — unbedingt auf einer viel breiteren Grundlage organisiert werden. Dies würde bedeuten, daß man die Ungleichheiten anerkennt, die aufgrund der geographischen Zufälle und der geschichtlichen Entwicklung entstanden sind, und die enormen Aufwendungen berücksichtigt, die mit der Entwicklung neuer Technologien und der Suche nach neuen Energiequellen verbunden sind. Wenn in jedem Land eine einheimische Kapazität entwickelt werden und der Erwerb neuer Fachkenntnisse und Erfahrungen gefördert werden soll, sind offensichtlich massive Ausbildungsprogramme erforderlich. Am nötigsten ist vielleicht die rasche Verbreitung der Informationen über neue Ressourcen und neue Technologien, damit die mit ihrer Entwicklung verbundenen Kosten und Fristen möglichst gering gehalten werden. Nachdem uns die erschreckende Komplexität der nuklea-

ren Option bewußt geworden ist, sollten wir anerkennen, daß es wohl eine unabweisbare Aufgabe ist, allmählich so etwas wie eine »Energieordnung« ins Auge zu fassen, die die Menschheit vor großen Gefahren schützen und gleichzeitig die Weltwirtschaft mit einer wesentlichen Ressource in ausreichender Menge und auf einer breiteren geographischen Grundlage versorgen könnte. Die für die meisten Länder derzeit stark begrenzte Zahl von Optionen muß baldigst erweitert werden. Im Hinblick darauf habe ich dem Wirtschafts- und Sozialrat gegenüber die Ansicht ausgesprochen, daß es jetzt an der Zeit sei, den Beschluß der Siebenten Sondertagung der Generalversammlung über die eventuelle Errichtung eines Energieinstituts ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Meiner Ansicht nach sollte ein solches Instrument im Rahmen der Vereinten Nationen errichtet werden, wenn es Teil einer breit angelegten Bemühung um die Förderung der Entwicklung sein soll.

VIII. Rationalisierung der Arbeit

Wie wir unsere Aufgaben erfüllen, wirkt sich nicht nur auf die Leistungsfähigkeit unserer Organisation, sondern auch auf die Einstellung der Öffentlichkeit zu unserer Arbeit aus. Wenn die Vereinten Nationen der Weltgemeinschaft als Verhandlungsforum für die Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen dienen sollen, müssen wir vielleicht prüfen, wie die Traditionen und Praktiken eines bisher weitgehend für Beratungen bestimmten Gremiums an die neuen Erfordernisse angepaßt werden könnten. Ich erkenne zwar die Wichtigkeit öffentlicher Erklärungen durchaus an, kann jedoch nicht genug betonen, welchen nützlichen Beitrag ein informeller und offener Gedankenaustausch zum Gesamtergebnis des ganzen Prozesses leisten kann. Während der Siebenten Sondertagung gab es einige vielversprechende Anzeichen für neue Konsultations- und Verhandlungspraktiken. Es könnte meiner Meinung nach sehr hilfreich sein, wenn man diese Ansätze weiterentwickeln würde. Die Prozeduren der Vereinten Nationen sind leicht zu kritisieren, aber schwer zu verbessern. Wenn von den Vereinten Nationen die Rede ist, wird manchmal kritisch von einem »Debattierklub« gesprochen, es darf darüber jedoch nicht vergessen werden, daß ein solcher »Debattierklub« häufig, besonders in Gefahren- oder Krisenzeiten, einen äußerst nützlichen Zweck erfüllt. Man sollte auch nicht vergessen, daß der in der Nachkriegszeit erzielte und früher noch nie erreichte Grad internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit seinen Ursprung im Beratungsprozeß dieser Organisation hat. Das schließt freilich nicht aus, daß unsere Arbeitsmethoden ständig kritisch betrachtet und verbessert werden müssen.

Besonders besorgniserregend und ausgabenträchtig ist auch der Umfang der Dokumentation der Vereinten Nationen. Wir sind zwar im Sekretariat ständig bemüht, dieser Flut Einhalt zu gebieten, wenn man versucht, die Gesamtmenge der Dokumente zu begrenzen, stellt man jedoch rasch fest, daß jedes Dokument entweder durch langen Gebrauch geheiligt ist oder seine besonderen Befürworter besitzt. Wenn wir unserer Arbeit Impulse und die erforderlichen Prioritäten geben wollen, müssen wir weiterhin versuchen, die tägliche Papierflut zu verringern, in der wirklich wichtige Dokumente leicht untergehen oder ihre Wirkung verlieren.

Alle Organe und Ausschüsse ändern unvermeidlich im Laufe der Jahre ihre Rolle und ihre Verfahren, und es ist ganz gut, wenn man von Zeit zu Zeit Bilanz zieht und sich fragt, wohin denn solche Veränderungen eigentlich führen. Eine solche Tendenz ist in letzter Zeit bei der Arbeit des Zweiten und Fünften Ausschusses der Generalversammlung zu verzeichnen, die immer wieder Schwierigkeiten haben, ihr sehr schweres Arbeitsprogramm rechtzeitig zu bewältigen. Angesichts der ständig steigenden Arbeitslast dieser Ausschüsse scheinen offensichtlich nur noch gemeinsame Anstrengungen des Sekretariats und der Delegationen die Dinge verbessern zu können. Als Beitrag zur Lösung dieses Problems habe ich eine interne Überprüfung der Verfahren in Auftrag gegeben, um die Arbeitsorganisation des Fünften Ausschusses zu erleichtern. Das Ergebnis dieses Berichts steht allen Delegationen zur Verfügung, und ich bin sicher, daß sie die Durchführung dieser Schritte voll unterstützen werden.

Im gleichen Bereich unserer Arbeitsmethoden wurden in den letzten Jahren genug Erfahrungen auf Sonderkonferenzen zur Umwelt, zu Bevölkerungsfragen, zu den Rechten der Frau, zur Ernährung, zum Wohn- und Siedlungswesen, zum Wasser und zu anderen Fragen gewonnen, um jetzt eine realistische Überprüfung dieser besonderen Form der internationalen Zusammenarbeit beginnen zu können. Trotz des unbezweifelten Nutzens, den solche Konferenzen unter bestimmten Umständen haben, werfen sie sowohl für die Vereinten Nationen als auch zuweilen für die Gastgeberländer organisatorische und finanzielle Probleme auf, die einen vorsichtigen Umgang mit ihnen nahelegen. Es lohnt sich zu fragen, ob die einigen dieser Konferenzen gestellten Aufgaben nicht ebenfalls oder sogar besser und mit weniger Ausgaben durch den Apparat der vorhandenen Organe der Vereinten Natio-

nen erfüllt werden könnten und ob solche Konferenzen durch ihre Proliferation nicht so sehr zu einer Selbstverständlichkeit werden, daß sie ihre Wirkung verlieren. Ein Beispiel für eine andere Methode, mit der man ebenfalls die Aufmerksamkeit auf ein wichtiges globales Problem lenken kann, ist etwa das Internationale Jahr des Kindes, das 1979 vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) organisiert wird. Möglicherweise können auch andere wichtige Fragen in dieser Weise behandelt werden. Ich glaube, die Mitgliedstaaten sollten solche Überlegungen sehr ernst nehmen, bevor sie beschließen, künftige Sonderkonferenzen einzuberufen. Und wenn dann eine solche Konferenz einberufen wird, sollte man versuchen, im voraus zu klären, was auf dieser Konferenz erreicht werden soll.

IX. Seerechtskonferenz

Die Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen ist eines der wichtigsten und weitreichendsten Unternehmen, auf das sich die internationale Gemeinschaft je eingelassen hat. Die am 15. Juli abgeschlossene sechste Tagung hat die Aufgabe der Konferenz nicht zu Ende geführt, obwohl allgemein Einigkeit darüber bestand, daß Fortschritte erzielt worden und einige zuvor höchst kontroverse Fragen weniger kontrovers geworden waren. Zu Ende der Tagung wurde ein informeller zusammengesetzter Verhandlungstext hergestellt, der als Grundlage für die Fortsetzung der Verhandlungen vor und während der siebenten Tagung der Konferenz gedacht ist, die im März 1978 nach Genf einberufen werden soll.

Wenn es der Konferenz nach einem so langen und mühsamen Prozeß nicht gelingen sollte, eine Seerechtskonvention zuzubringen, würde dies große Gefahren für die Zukunft mit sich bringen und sich außerdem auch auf die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen als Forum für wichtige internationale Verhandlungen auswirken.

X. Verwaltungsprobleme

Der internationale öffentliche Dienst im allgemeinen und das Sekretariat der Vereinten Nationen im besonderen waren in erheblichem Umfang Zielscheibe einer gleichermaßen von innen wie von außen kommenden Kritik. Ein Teil dieser Kritik ist zwar durchaus konstruktiv, ein beträchtlicher Teil ist jedoch bedauerlicherweise weitgehend unbegründet und destruktiv. Angesichts der hohen Maßstäbe der Charta, der sehr komplexen praktischen Bedingungen, unter denen sie eingehalten werden müssen, sowie der unterschiedlichen politischen Einstellungen gegenüber der Organisation ist dies keineswegs überraschend, aber als höchster Verwaltungsbeamter der Vereinten Nationen ist es meine Pflicht, mich mit dieser Kritik auseinanderzusetzen.

Die Verwaltung eines internationalen öffentlichen Dienstes wirft unvermeidlich viel größere Probleme auf als die Leitung des öffentlichen Dienstes einer einzelnen Nation. Die Charta läßt zwar an der ausschließlichen internationalen Loyalität des Sekretariats keinen Zweifel aufkommen, in der Praxis entstehen jedoch im Sekretariat genauso wie anderswo in der Organisation unvermeidlich Pressionen und Schwierigkeiten, die auf das Grundproblem der Vereinten Nationen zurückgehen, einen Ausgleich zwischen nationalen und internationalen Interessen zu finden.

Ich glaube, daß wir beim Aufbau eines Sekretariats, dessen Mitarbeiter ihre beruflichen Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen so sehen, wie es die Charta vorschreibt, ein gutes Stück Wegs zurückgelegt haben. Trotz der wachsenden Kompliziertheit und Verschiedenartigkeit der derzeitigen Aufgaben der Vereinten Nationen bin ich überzeugt, daß wir im Sekretariat dank der Einsatzfreude und des Dienstfeifers der Mitarbeiter in der Regel auch ein hohes Leistungsniveau aufrechterhalten konnten.

Wir verbessern ständig die geographische Verteilung der Stellen, was in einer Zeit sehr schnell wachsender Mitgliederzahlen natürlich ein erhebliches Problem darstellt. Wir tun alles in unseren Kräften Stehende, um Schritt für Schritt die Ziele der Charta in bezug auf die Gleichberechtigung der Geschlechter zu verwirklichen, obwohl wir offen zugeben sollten, daß Fortschritte bei einem so grundlegenden Prinzip oft nur schwer zu erzielen sind. Mit der wertvollen Beratung und Unterstützung durch die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst sind wir dabei, der schon lange als dringend empfundenen Aufgabe gerecht zu werden, ein System von Dienstbezügen für das Personal auszuarbeiten, mit dem die Organisation laut Auftrag der Charta Mitarbeiter einstellen und halten kann, die die von der Charta geforderten Maßstäbe erreichen, und das gleichzeitig sowohl gegenüber dem Personal als auch gegenüber den für die Kosten verantwortlichen Mitgliedstaaten fair und gerecht ist. Wechselkursschwankungen, Inflation und Faktoren wie die Verteilung des Personals über 600 Dienstorte auf der ganzen Welt machen dies zu einem der kompliziertesten Verwaltungsprobleme, die das Sekretariat lösen muß. Es versteht sich, daß wir das System ständig überprüfen müssen, und in dieser Hinsicht ist der Beitrag der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst von un-

schätzbarem Wert, weil durch sie sichergestellt wird, daß die Beschäftigungsbedingungen im internationalen öffentlichen Dienst aufgrund von objektiven, von Sachverständigen gewonnenen Kriterien festgelegt werden.

Viele andere Gesichtspunkte der Personalverwaltung des Sekretariats müssen weiterhin ständig aufmerksam beobachtet werden, damit die Effizienz und Leistungsfähigkeit der Organisation gefördert und weiter verbessert werden. Noch mehr als bei einer nationalen Bürokratie muß der Verwaltungsapparat einer internationalen Bürokratie stets überprüft, rationalisiert und gestrafft werden. Ich habe die Absicht, diesem Problem im kommenden Jahr besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

XI. Haushalt und Finanzen

Ein dauerndes Problem aller Organisationen, besonders einer so komplexen Organisation wie es die Vereinten Nationen sind, besteht darin, eine feste und doch flexible Basis für die Verwaltung ihrer begrenzten Mittel zu schaffen. Das wichtigste Instrument für diese Aufgabe ist der ordentliche Haushalt, der einerseits die für die Aufgabenerfüllung der Organisation erforderlichen Mittel bereitstellt und andererseits die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder berücksichtigen muß.

Zur Festlegung eines Rahmens für die Bestimmung von Prioritäten unter den vielen verschiedenartigen Zielen der Organisation geht der Haushalt von Programmen und vom Finanzbedarf dieser Programme aus, um so den finanziellen Entscheidungsprozeß so weit wie irgend möglich zu erleichtern. Diese Methode soll eine Gesamtbewertung der finanziellen Einzelbeiträge und der ihnen entsprechenden Ziele sowohl ermöglichen als auch erzwingen. Auf diese Weise dient der Haushalt sowohl der Durchführung wie der Überwachung sämtlicher Aktivitäten der Vereinten Nationen.

Bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs für den nächsten Zweijahreszeitraum habe ich versucht, einen vernünftigen Ausgleich zwischen dem unvermeidlichen Mittelbedarf der Organisation und der finanziellen Belastung ihrer Mitglieder zu finden. Schon die Deckung des Mittelbedarfs der von der Generalversammlung gebilligten derzeit laufenden Programme stellt zusammen mit den Auswirkungen der Inflation eine erhebliche Belastung unserer Finanzen dar.

Soweit der Generalsekretär die einzugehenden finanziellen Verpflichtungen beeinflussen oder über sie bestimmen kann, habe ich mich entschieden bemüht, die Wachstumsrate der Ausgaben der Organisation in vernünftigen Grenzen zu halten. Dementsprechend wird die reale Zuwachsrate der Mittel für den nächsten Zweijahreszeitraum nicht mehr als 2,2 Prozent ausmachen, wobei nur für die allerwichtigsten neuen Anforderungen Mittel bereitgestellt werden.

Trotz dieser Bemühung um Zurückhaltung kann es nicht ausbleiben, daß die unkontrollierbaren Folgen der Inflation, die Währungsschwankungen und die weitergehenden Kosten der Aufrechterhaltung bestehender Programme ihre Auswirkungen haben.

Die Bemühungen um sparsame Haushaltsführung bleiben natürlich nicht unbeeinflusst von der wachsenden Zahl und der zunehmenden Vielfalt der Programme und Aktivitäten, mit denen die Vereinten Nationen betraut werden. Die wirksame Durchführung der Programme und Aktivitäten hängt selbstverständlich unter anderem von der Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel ab. Es ist daher heute notwendiger denn je, daß sich die Generalversammlung und die anderen Organe der finanziellen Auswirkungen all ihrer Aktivitäten und Beschlüsse voll bewußt sind. Um ein ganz einfaches Beispiel zu nehmen: Eine gewöhnliche halbtägige Ausschusssitzung mit voller Betreuung am Sitz der Vereinten Nationen kostet etwa 7 300 US-Dollar, eine Dokumentenseite mit vollem Verteiler etwa 300 US-Dollar. Unsere Bemühungen um die Einsparung und wirtschaftliche Verwaltung der Finanzmittel könnten wirksam unterstützt werden, wenn diese einfachen Grundtatsachen bei der Behandlung von Fragen wie der Häufigkeit von Konferenzen und Sitzungen oder der Anforderung von Dokumenten berücksichtigt würden.

Ich kann nicht umhin, abermals auf die finanziellen Schwierigkeiten hinzuweisen, die sich aus einer verspäteten Bezahlung oder der Zurückhaltung von Beiträgen ergeben. Obwohl die Gefahr einer Finanzkrise durch Bemühungen um eine Straffung und Festigung der Finanzverwaltung der Organisation stark verringert wurde, heißt das nicht, daß für die fortdauernden finanziellen Schwierigkeiten der Organisation eine Lösung gefunden worden sei. Zur Bereinigung dieser Situation sind entschlossene Maßnahmen der Mitgliedstaaten erforderlich.

XII. Zur Rolle der Vereinten Nationen

Im Zusammenhang mit den Problemen der Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit schrieb ich in meinem letzten Bericht, daß eine repräsentative politische Institution nur dann voll wirksam werden kann, wenn ihre Ziele, ihre Arbeit und ihre Probleme auf allen Ebenen der Gesellschaft, für die sie wirkt,

Verständnis finden. Bei den Vereinten Nationen sind wir allerdings, so fürchte ich, noch weit von diesem Zustand entfernt. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, daß die Vereinten Nationen trotz aller Mängel und Enttäuschungen eine unerläßliche Einrichtung sind. Sie arbeiten natürlich nicht immer genau so, wie es die Charta vorgesehen hat. Sowohl im Hinblick auf die Klugheit und Weitsichtigkeit ihrer Beschlüsse als auch hinsichtlich der Achtung und Einhaltung dieser Beschlüsse durch die Mitgliedstaaten ist ihre Bilanz zugegebenermaßen unausgeglichen. Zuweilen erweisen sie sich als unfähig zu rechtzeitigen Maßnahmen in Fragen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, und sie geraten leicht in Schwierigkeiten, wenn es darum geht, schnell zu vereinbarten und wirksamen Lösungen für große Weltprobleme zu kommen. Andererseits könnte man es jedoch einen bemerkenswerten Fortschritt nennen, daß sich ihre Mitglieder überhaupt darauf einigen können, derartige Probleme anzupacken.

Ein großer Teil der Tätigkeit der Vereinten Nationen wird inzwischen als so selbstverständlich angesehen, daß darüber kaum noch ein Wort verloren wird. Das ist nicht unbedingt eine schlechte Entwicklung, es darf uns aber nicht veranlassen, den Wert der vielfältigen Aktivitäten unserer Organisation aus dem Auge zu verlieren oder zu verkennen, was für ein gefährliches Vakuum im internationalen Leben entstehen würde, wenn — aus welchen Gründen auch immer — diese Aktivitäten einmal aufhören sollten.

Wir betrachten es heute als eine Selbstverständlichkeit, daß praktisch alle Staaten der Welt sich in den Vereinten Nationen treffen und dort fast jedes beliebige Thema miteinander besprechen können. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß bei einem drohenden Konflikt der Sicherheitsrat zusammentritt und manchmal schon durch diese Tatsache allein eine Atempause schafft und Gelegenheit zum Nachdenken, zur Neubewertung und zur Klärung der Lage gibt. Wir sehen die unermüdlichen Bemühungen der Mitglieder des Sicherheitsrats und vieler anderer Mitgliedstaaten, bei internationalen Streitigkeiten und anderen schwierigen Problemen zu helfen, als selbstverständlich an. Er erscheint uns als selbstverständlich, daß sich bei den Vereinten Nationen Vertreter von Streitparteien, die praktisch sonst nirgendwo in der Welt zusammenkommen können, zu treffen und miteinander in Verbindung zu treten vermögen. Wir betrachten die Friedenssicherung und die Leistung von guten Diensten als eine Selbstverständlichkeit. Wir gehen davon aus, daß die humanitären Einrichtungen der Vereinten Nationen im Ernstfall oder in Zeiten höchster Not zur Stelle sind, um den Betroffenen oder den Flüchtlingen zu helfen. Wir haben uns völlig an den gänzlich neuen Gedanken gewöhnt, daß die Nationen der Welt — fast als sei es die natürlichste Sache der Welt — über eine so weitreichende Idee wie die neue internationale Wirtschaftsordnung diskutieren können.

Fest steht jedenfalls, daß unsere Organisation das Mannesalter erreicht hat und kein neues Wunderkind — aber auch kein neues Problem — mehr ist. Das ist einerseits beruhigend, andererseits

aber auch gefährlich. Es ist beruhigend, daß die Vereinten Nationen eine fest etablierte und anerkannte Weltinstitution sind. Es wäre gefährlich, wenn die Organisation dadurch selbstgefällig würde, sich in den eingefahrenen Gleisen bewegte, nicht mehr auf neue Ideen reagierte oder für aktuelle Fragen ohne Bedeutung wäre. Wir müssen stets auf der Hut sein, um die Organisation vor solchen Tendenzen zu bewahren.

An anderer Stelle in diesem Bericht stelle ich die Frage nach der tatsächlichen Rolle der Vereinten Nationen in der Weltpolitik. Alle Staaten, die diese Organisation loyal unterstützen, verdienen eine ernsthafte Antwort auf diese Frage. Sind die Vereinten Nationen lediglich ein Treffpunkt für lange, aber nicht notwendigerweise entscheidende Debatten über aktuelle Fragen? Sind sie die Krankenstation der internationalen Gemeinschaft, in die man die schweren Fälle bringen und hoffen kann, daß sich das Fieber senken, der Zustand bessern oder zumindest stabilisieren und damit eine Ausbreitung der Infektion verhindern läßt? Sind die Vereinten Nationen der Schmelztiegel, in dem eine neue Gemeinschaft der gesamten Menschheit geformt wird und wo durch die Zusammenarbeit der Politiker und der Weisen der Welt Lösungen für die anstehenden Probleme gefunden und große Pläne für die Zukunft entwickelt werden können?

Die Vereinten Nationen vereinen in sich Elemente all dieser Funktionen, sind aber in gewissem Ausmaß immer noch eine Organisation auf der Suche nach ihrer Identität und ihrer eigentlichen Rolle. Sie reagieren eher auf die Ereignisse, als daß sie sie vorhersehen, sie beschäftigen sich eher mit den Folgen einer Krise, als daß sie diese Krise voraussehen und zu verhindern suchen. Daher erscheinen ihre Probleme manchmal unüberwindbar und ihre Frustrationen unerträglich. Wenn wir aber zurückschauen, können wir sehen, wie weit wir in 32 Jahren doch schon gekommen sind, und mit diesen Erfahrungen gewappnet können wir auch vorwärtsschauen und ermessen, wie weit wir vielleicht noch kommen können.

Ich habe meine zweite Amtsperiode als Generalsekretär mit nur wenigen Illusionen, jedoch mit einer Entschlossenheit begonnen, die auf den mühsam gewonnenen Erfahrungen von fünf Jahren beruht. Ich weiß, daß die Welt nicht ohne die Vereinten Nationen auskommt. Ich weiß auch, daß die Welt oft von den Vereinten Nationen enttäuscht ist. Vor allen Dingen bin ich aber überzeugt, daß wir den rechten Weg zu Zielen eingeschlagen haben, die von lebenswichtiger Bedeutung für die Zukunft sind. Wenn es nur langsam vorangeht, so liegt das in der Natur der Dinge und sollte nicht überraschen. Wenn aber der Wille, das Können und die Hingabe da sind, sollten wir uns nicht von den Schwierigkeiten abschrecken lassen. Wenn wir daran glauben, daß die Welt durch klug gelenkte Schritte der Menschen besser gemacht werden kann, dann bieten die Vereinten Nationen unvergleichliche Möglichkeiten. Ich hoffe, daß wir sie nutzen werden.

Anmerkung der Redaktion: Für Überschrift und Zwischenüberschriften ist die Redaktion verantwortlich.



Gelegenheit zu einer Aussprache mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dr. Kurt Waldheim, hatte eine Delegation des Straßburger Europäischen Parlaments am 1. November in New York. Diskutiert wurde die Rolle der Vereinten Nationen in der Weltpolitik. Auch Fragen einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und die Nahost-Problematik kamen zur Sprache — Themen, die auch auf der am 20. September eröffneten und gegenwärtig noch andauernden 32. Generalversammlung der Weltorganisation eine hervorragende Rolle spielen und die im Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation (s. S. 187 ff. dieser Ausgabe) ihren Niederschlag finden.